



PRESSEMITTEILUNG

Seit Beginn der Belagerungen der kurdischen Städte im Südosten der Türkei durch türkisches Militär sind zahlreiche Zivilisten (vor allem Kinder, Frauen, ältere Menschen und Jugendliche) getötet worden. Mehr als 200.000 Menschen sind innerhalb der Region auf der Flucht. Allein in Cizre wurden seit Juli vergangenen Jahres mehr als 90 Menschen getötet. Fünf Ausgangssperren wurden verhängt, die letzte am 14. Dezember 2015.

Mit der «Dolmabahce-Erklärung» stellten die pro-kurdische HDP und Regierungsvertreter am 28. Februar 2015 einen Plan zur Lösung des Konfliktes in Kurdistan vor. Wesentlich zu diesem Schritt hatte der Vorsitzende der PKK, Abdullah Öcalan, beigetragen. Der Plan, der auf demokratischen Prinzipien beruht, trägt seine Handschrift.

Im August 2015 kündigte die türkische Regierung die Friedensverhandlungen mit den kurdischen Kräften einseitig auf und eskaliert seither die Situation in den kurdischen Gebieten. Abdullah Öcalan wird seit April 2015 jeglicher Kontakt zu Anwälten und Familienangehörigen verwehrt.

Wir werden gemeinsam gegen das internationale Komplott gegen Abdullah Öcalan und die andauernden Angriffe des türkischen Staates auf die kurdische Zivilbevölkerung protestieren! Unter dem Motto:

Freiheit für Öcalan - Status für Kurdistan!

führen wir einen langen Marsch von Merzig nach Saarbrücken durch:

Mittwoch, 10. Februar bis Freitag, 12. Februar 2016.

Beginn am 10. Februar 2016, 9.00 Uhr, Stadthalle Merzig

Programm:

10. Februar 2016:

Start 9.00 Uhr in Merzig, Stadthalle,
Pause in Dillingen,
Kundgebung in Saarlouis.

11. Februar 2016:

Start 9.00 Uhr in Saarlouis,
Zwischenkundgebung in Völklingen,
bis nach Saarbrücken Burbach.

12. Februar 2016:

Start 9.00 Uhr in Saarbrücken Burbach,
Demo zum Landtag des Saarlandes, Abschlusskundgebung.

Zum Hintergrund:

2014 gab es erstmals Bewegung in der Bewertung der kurdischen Befreiungsbewegung: Gegen den Vormarsch des „Islamischen Staates“ in Syrien und im Irak haben vor allem Kräfte der PKK und mit ihr verbündeter Organisationen erfolgreich gekämpft.

Ihre angebliche Beteiligung am Kampf gegen den Islamischen Staat nutzt hingegen die Türkei, um tatsächlich gegen die kurdische Bewegung vorzugehen.

Rückendeckung erhält sie durch die deutsche Regierung: Die türkische Regierung soll dafür sorgen, dass syrische Flüchtlinge nicht weiter nach Deutschland ziehen, und umgekehrt darf sie unkritisiert die kurdische Bevölkerung terrorisieren – das ist der Deal.

Anstatt die Kräfte in der Region zu unterstützen, die der islamistischen Entwicklung mit säkularen, demokratischen und gleichberechtigten Strukturen entgentreten, trägt man zu ihrer Schwächung bei.

SCHLUSS MIT DEN ANGRIFFEN DES TÜRKISCHEN STAATES GEGEN DIE ZIVILBEVÖLKERUNG IN KURDISTAN!

Kurdisches Gesellschaftszentrum Saarbrücken e.V. - St. Johanner Straße 66 - 66115 Saarbrücken
www.kgz-saar.de – info@kgz-saar.de

5. Februar 2016